

Erlangen, den
14.01.2016

Haushaltsrede zum Stadtrat am 21.01. 2016

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte BürgerInnen und Vertreter der Presse,

Haushaltspolitik in der Stadt Erlangen gestaltet sich oft schwierig, das zeigt sich auch in diesem Jahr. Die städtischen Ausgaben sind schneller gestiegen als die Einnahmen, und das schränkt die Handlungsspielräume enorm ein.

Bislang beträgt die Gesamtverschuldung der Stadt 145 Mio. € Um diesen Haushalt einigermaßen zu gestalten, wurden sämtliche Budgetüberschüsse und Haushaltsreste zusammen gekratzt. Viele Projekte wurden über mehrere Haushalte gestreckt.

Die Gewerbesteuereinnahmen sind hinter den Prognosen zurückgeblieben. Allerdings die Gewerbesteuer einfach zu erhöhen, wie einige KollegInnen es gerne hätten, ist keine Lösung, da man hier hauptsächlich den Mittelstand und die Dienstleister schwächt. Diese sind durch die Baustellensituation in Erlangen im Moment sowieso arg gebeutelt.

Unsere großen Arbeitgeber, wie zum Beispiel Stadt und Universität zahlen keine Gewerbesteuer - unsere Großunternehmen schreiben die Steuern lieber ab und bilden Rücklagen, die Umsatz- und Kapitalsteuer wird am Hauptstandort gezahlt. Und somit trägt uns in der Hauptsache der Mittelstand.

Viele der bereits beschlossenen Investitionen für den mittelfristigen Finanzplan sind nicht durchfinanziert. Ein Wirtschaftsunternehmen könnte so nicht arbeiten. Hier wären Verantwortung und Weitsicht gefragt!

Trotzdem wurde der Stellenplan drastisch aufgestockt.

Die Personalkosten sind mit brutto ca. 116 Mio. € der Hauptanteil der städtischen Gesamtausgaben. Das sind 12 Mio. € mehr Personalausgaben als im Jahr 2014!

Wenn Sie das „Bremsen“ der Personalausgaben nennen, Herr Oberbürgermeister, dann sehe ich für die Zukunft schwarz.

Durch Stellenneuschaffungen erhöhen sich die Kosten um weitere 1,7 Mio. € im Personalbereich. Hier wird die Koalition versuchen dagegen zu halten: „Ja, aber durch gegengerechnete Einnahmen ist dieses Summe netto ja viel niedriger!“. Meine Damen und Herren, da muss ich Ihnen leider sagen, das ist eine Milchmädchenrechnung. Denn jeder

Mitarbeiter braucht einen angemessenen Arbeitsplatz mit Schreibtisch und Rechner. Wir haben bereits jetzt schon einen großen Mangel an Bürofläche der mit teuren Anmietungen ausgeglichen werden muss – und das zu ortsüblichen Mietpreisen. Dieses müssten Sie dann noch zu jeder Stellenneuschaffung hinzuaddieren.

Weiterhin ist es nicht nachvollziehbar, dass viele temporär benötigten Stellen, z. B. in der Flüchtlingsbetreuung keinen KW-Vermerk erhalten sollen. Begründet wird dieses mit der Sorge um mangelnde Bewerbungen geeigneter Kräfte. Jede Firma holt sich heute für zeitlich begrenzte Aufgaben befristete Mitarbeiter.

Es ist für uns keine Lösung bereits begonnene oder beschlossene Investitionen wie z. B. das Schulsanierungsprogramm oder die Generalsanierung des Frankenhofs weiter zu strecken um zusätzliche, neue Projekte wie das Bürger-, Begegnungs- und Gesundheitszentrum oder gar Prestigeobjekte wie eine Landesgartenschau zu finanzieren.

Hier gerät schnell die mittelfristige Finanzplanung außer Kontrolle! Dabei sind eventuelle Haushaltsmittel für die StUB noch nicht einmal miteingerechnet.

Dieses teure Millionengrab, sollte es denn Kommen, lässt uns für die kommenden Jahrzehnte handlungsunfähig zurück.

Deshalb sehen wir gespannt dem Ergebnis des Bürgerentscheides entgegen.

Eine weitere Kreditaufnahme ist trotz niedriger Zinsen keine Lösung. Die Tilgungsraten würden zusammen mit 17 Mio. € Verpflichtungsermächtigungen bis 2019 die Haushalte zusätzlich belasten und eine Haushaltsgenehmigung durch die Regierung Mittelfranken in Frage stellen.

Unser Ziel ist ein anderes: nämlich durch umsichtiges Wirtschaften das Anwachsen des Schuldenbergs in den kommenden Jahren zu stoppen und einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Das heißt:

- mehr Disziplin und bewussteren Umgang mit den Steuergeldern
- für alle Projekte ein solides Finanzierungskonzept.
- Sie dürfen in ihrer Gesamtheit den Haushalt der Stadt nicht sprengen.
- Finanzielle Spielräume für den Erhalt der Infrastruktur und einer zukunftsfähigen Gestaltung unserer Stadt wollen wir erhalten.
- um die Standortqualität und damit die Grundlage des wirtschaftlichen Wachstums zu sichern.

Daran haben wir uns selbstverständlich auch beim Stellen unserer Haushaltsanträge gehalten, die Sie trotzdem mit Mehrheit abgelehnt haben.

Unsere Ziele sehen wir in diesem Haushalt nicht abgebildet.
Daher können wir diesem Haushalt leider nicht zustimmen.

Wir bedanken uns bei Ihnen Herr Oberbürgermeister, für Ihre umsichtige
Flüchtlingspolitik. Das ist wahrlich keine leichte Aufgabe.

Allerdings- unter einer Politik des Dialoges haben wir uns etwas Anderes vorgestellt und
über manche kompromisslose Entscheidung schütteln wir noch heute den Kopf. Und damit
ist nicht nur die neue Turnhalle des MTG gemeint.

Unser Dank geht an die Bürgermeisterinnen sowie an alle Referenten und Amtsleiter für die
gute Zusammenarbeit. Besonders bedanken möchten wir uns aber bei der Kämmerei für
ihren außerordentlichen Einsatz.

Mit den Mitgliedern der ÖDP-Stadtratsfraktion war die Zusammenarbeit in unserer
Ausschussgemeinschaft stets sachlich, fair und freundschaftlich.

Ich danke allen Stadtratskolleginnen und –Kollegen für die anregenden Diskussionen, die
meist konstruktive Zusammenarbeit aber auch für manche kontroverse Debatte.

Zum Schluss möchte ich noch der Presse für ihre freundliche, meist objektive
Berichterstattung danken. Und ich möchte ihnen wünschen, dass ihr Blick fürs Wesentliche
auch in Zukunft nicht verloren geht.

Herzlichen Dank



Anette Wirth-Hücking
Stadträtin